

Nach langen Jahren des Lamentos über fallende Preise von Agrarprodukten und die dadurch fehlende Motivation zur Erhöhung der Produktion, hat sich die Situation scheinbar über Nacht «umgekehrt» und, wie das mit den heutigen Medien so ist, in eine «drohenden Hungerkatastrophe» verwandelt. Populistische Politiker aller Schattierungen schlagen wieder «Lösungen» vor, welche noch nie welche waren und natürlich werden Sündenböcke gesucht. Dabei wäre diese Entwicklung endlich eine Chance die verfahrenere Agrarpolitik von Gebilden wie der EU, aber auch der USA und natürlich der Schweiz neu zu ordnen und gangbare Lösungen zu suchen. Dabei müssten aber auch ideologische Blockaden, wie die absolute Gegnerschaft satter Bewohner von Industrieländern gegen irgendwelche gentechnischen Veränderungen endlich hinterfragt werden. Jedem realistischen Konsumenten mit etwas Grundwissen und ohne ideologische Scheuklappen müsste heute eigentlich klar sein, dass die wachsende Weltbevölkerung mit einer «Rückkehr» zu «biologischen» Anbaumethoden verhungern müsste. Abgesehen davon, müssten gerade angebliche «Naturfreunde» realisieren, dass bei der flächendeckenden Anwendung solcher Methoden die Anbauflächen massiv ausgeweitet werden müssten und dass von der vielgepriesenen «natürlichen» Natur (was immer das auch sein mag!) nicht mehr viel übrig bleiben würde.

Die folgenden drei Artikel, zwei aus der neusten «Weltwoche» und einer aus der heutigen NZZ, befassen sich mit diesem Thema. Jeder kritische Bürger sollte sich mit diesen wichtigen Themen befassen, damit er bei kommenden Abstimmungen nicht von manipulativen, rein ideologisch ausgerichteten Kreisen ins Abseits geführt werden kann. Mit Ideologie allein werden wir die kommenden Probleme nämlich nicht lösen können. Dazu braucht es Wissen und auch gesunden Menschenverstand.

## Hungeralarm

Von Pierre Heumann

Brot und Reis sind teurer geworden, die globalen Armenhäuser geraten unter Existenzdruck. Die Panik der Politiker vor Chaos und Revolte ist kopflös und unnötig.

Im Süden gärt es. Von Burkina Faso bis Kairo, von Mexiko und der Karibik bis Manila verlangen die Massen nach erschwinglichem Brot, Mais oder Reis. Die Preise sind so hoch, dass sie die Ärmsten der Armen in eine neue Hungersnot treiben. Grundnahrungsmittel sind allein in den vergangenen Monaten um 50 bis 80 Prozent teurer geworden. Die Vermögenden, die weniger als zehn Prozent ihres Budgets fürs Essen ausgeben, können solche Schübe wegstecken. Diejenigen aber, die 80 Prozent ihres Budgets fürs Essen ausgeben müssen, werden dadurch brutal in ihrer Existenz bedroht.

Politiker sorgen sich, dass bei den Armen des Globus ein politisches und soziales Chaos ausbrechen könnte. In der ehemaligen französischen Kolonie Burkina Faso steckten Demonstranten Regierungsgebäude in Brand, in Kamerun gab es rund 20 Tote, und auf Haiti stürzte die Regierung – alles aus Verzweiflung über die exorbitante Inflation bei den Nahrungsmitteln. Bereits macht im Westen das Wort vom neuen Sicherheitsrisiko die Runde. In Ägypten, dem bevölkerungsreichsten arabischen Land, musste ein riesiges Aufgebot an Polizeikräften dafür sorgen, dass die Brotproteste nicht zu einer Revolte gegen das Regime wurden. Insgesamt seien 37 Länder von der Nahrungsmittelkrise betroffen, schätzen Uno-Experten. Sie betrachten die steigenden Lebensmittelpreise nicht bloss als eine Gefahr für Wachstum und Armutsbekämpfung in der Dritten Welt, sondern auch für den Frieden weltweit.

Doch gemacht: Die Preise werden kaum auf diesem hohen Niveau bleiben. Die derzeit extrem teuren Nahrungsmittel verursachen zwar in den Entwicklungsländern enorme soziale Probleme. Diese können (und müssen) aber mit gezielten Zuwendungen gelöst werden.

Denn das vermeintliche Problem – die hohen Preise – ist recht eigentlich die Lösung der Krise. Nur wenn die Preise hoch genug sind, haben die Bauern einen Anreiz, mehr Getreide, Mais oder Reis zu produzieren. Nur wenn die Preise hoch sind, lohnt es sich auch, mehr Geld in die Agrarforschung zu investieren, auf dass die Ernteerträge steigen.

Die jüngste Nahrungsmittelkrise ist auf eine Reihe von Faktoren und Trends zurückzuführen. Die Ölpreishausse verteuert erstens den mechanischen Anbau und den Einsatz von Düngemitteln. Zweitens steigt im Süden die Zahl der Bürger, die sich ein besseres Menü leisten können. Der Erfolg der Globalisierung wirkt preistreibend – und Schwellen- und Entwicklungsländer zählen zu deren grössten Gewinnern. Dabei erzielten diejenigen Staaten, die sich dem Welthandel geöffnet haben, die grössten Erfolge im Kampf gegen die Armut. Die verbesserte Qualität der Ernährung, die dadurch erschwinglich wird, führt zu einer höheren Nachfrage nach Getreide, um das Vieh zu füttern. Gleichzeitig ist aber drittens das Angebot rückläufig. In Australien und Kanada, zwei der grössten Anbauländer, haben Dürren in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren einen grossen Teil der Ernte vernichtet. Und viertens werden immer mehr Flächen, die bisher der Nahrungsmittelproduktion dienten, für Biosprit benötigt. In der Nahrungsmittelkette der USA gibt es dadurch weniger Mais, in derjenigen der EU weniger Raps.

#### Einfuhren setzen falsche Signale

Jeder dieser Faktoren ist für die aktuelle Nahrungsmittelkrise allerdings bloss teilweise mitverantwortlich. Die entscheidende Ursache liegt woanders: bei einer Politik, die ökonomische Zusammenhänge nicht beachtet.

Verheerend wirkt sich zum einen die Landwirtschaftspolitik der EU und der USA aus. Sie subventionieren den Anbau von Agrarprodukten und liefern einen Teil der Überschüsse als Nahrungsmittelhilfe an die Dritte Welt. Gleichzeitig regeln sie ihre Agrarmärkte ab, um den eigenen Bauern das Geschäft nicht zu verderben. Was gut gemeint ist, hat eine katastrophale Wirkung. Die Einfuhren aus den reichen Industrieländern setzen im Süden falsche Signale. Sie drücken auf die Preise der Nahrungsmittel, was den lokalen Bauern die Lust am Anbau nimmt und Investitionen verzögert oder sogar verhindert. Ausgerechnet die Weltbank und professionelle Entwicklungshelfer, die jetzt auf Krisenmanagement machen, haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu wenig zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung unternommen.

Falsch reagieren jetzt auch die Krisenländer. Sie glauben, den Armen helfen und Unruhen verhindern zu können, indem sie bei Nahrungsmitteln Preiskontrollen einführen oder zu Exportkontrollen greifen. Die Erfahrung zeigt indessen, dass damit das Gegenteil erreicht wird. Preiskontrollen verringern das lokal verfügbare Angebot und vergrössern die Misere. Bei tieferen Preisen produzieren Bauern weniger. Zudem kaufen Händler die Ernte auf und setzen sie in Ländern ab, in denen sie höhere Preise erzielen können.

Die Preissteigerung ist freilich auch eine Chance. Vielleicht führt sie dazu, dass die Liberalisierung des Agrarhandels nach acht Jahren endlich Fortschritte macht. Um dem Süden die richtigen Produktionssignale zu setzen.

#### Nahrungsmittel

## Gentechnik füllt die Mägen

Von Dirk Maxeiner

Der Hunger ist in die Schlagzeilen zurückgekehrt. Aufgrund von Bevölkerungswachstum und der Verarbeitung von Agrarprodukten zu Biokraftstoff sind die Nahrungsmittel knapp geworden. Will man die Erträge steigern, führt kein Weg an gentechnisch verändertem Saatgut vorbei.

Das Modewort «Paradigmenwechsel» wird häufig und gerne bemüht, meistens zu Unrecht. In diesen Tagen könnten wir tatsächlich Zeuge einer solchen grundsätzlichen «Änderung des Blickwinkels» werden. Die Nachrichten entdeckten ein Thema wieder, das beinahe verschwunden schien: Hunger. Die Nachfrage nach Reis, Weizen oder Mais ist explodiert. Mehrere Faktoren kommen dabei zusammen: einerseits das Bevölkerungswachstum mit jährlich 75 Millionen zusätzlichen Erdenbürgern, andererseits der zunehmende Wohlstand vieler Menschen vor allem in Asien, die sich höher wertiges Essen leisten können. Und obendrauf kommt dann noch die politisch verordnete Verarbeitung von Agrarprodukten zu Biokraftstoffen, vor der seit Jahren hinlänglich gewarnt wird. Weltweit steigen die Preise für Lebensmittel, teilweise innerhalb weniger Monate um das Doppelte. Von Haiti bis Mexiko, von Ägypten bis Südafrika gehen die Armen auf die Strasse, weil sie sich ihre Tortilla, ihre Schale Reis oder ihren Brotfladen nicht mehr leisten können.

Die Tageszeitung Die Welt konstatierte einen «Hungerschock» und die Frankfurter Allgemeine Zeitung «Die Rückkehr der Hungerrevolte». Der britische Telegraph schreibt: «Die Welt-Intelligenzija hat am Steuer geschlafen. Während wir uns über die globale Erwärmung entrüsten, ist der globale Hunger unter dem Radarschirm hindurchgeflogen.» Es mangelt wirklich nicht an Absurditäten in dieser Sache. Mit einer Klimaschutzmassnahme wie dem Biosprit-Anbau wird für die Armen sofort jene Situation mit herbeigeführt, die man ihnen durch einstweilen hypothetische Dürren und Ernteausfälle in hundert Jahren ersparen wollte.

Kehrt nun mehr Realismus in die von Hysterie geprägte Umweltdebatte ein? Es sieht leider nicht danach aus. Denn während in Asien und Afrika Menschen fürs tägliche Brot protestierten, machten in Europa Protestierer Schlagzeilen, die mutwillig Felder zerstören und landwirtschaftliche Zukunftsforschung verunmöglichen. Noch nie erschienen die sogenannten Gentechnik-Gegner in einem so absurden Licht wie vergangene Woche.

Vielleicht sollten sich die Maschinenstürmer einmal die Fakten vergegenwärtigen: Standen 1950 auf der Welt noch 5000 Quadratmeter pro Kopf für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung, so wird es Schätzungen zufolge 2050 für jeden Menschen nur noch eine Fläche von 1750 Quadratmetern sein. Und das bei steigenden Ansprüchen und verstärkter Nachfrage nach eiweisshaltigen Lebensmitteln. Um das Jahr 2050 – so die aktuellen Uno-Prognosen – wird sich die Weltbevölkerung zwischen acht und elf Milliarden einpendeln. In den nächsten zwanzig Jahren muss daher die Nahrungsproduktion noch einmal um vierzig Prozent gesteigert werden. Wenn dafür jedoch die Ackerflächen ausgedehnt werden, geht das nur auf Kosten von wildreichen Savannen und tropischen Wäldern. Deshalb sollte man alle Möglichkeiten nutzen – auch die gentechnischen –, um mehr Nahrung auf gleicher Fläche zu ernten.

Der Amerikaner Norman Borlaug meisterte mit seinem Team in den fünfziger und sechziger Jahren eine ähnliche Situation. Auch damals stieg die Nachfrage wegen des Bevölkerungswachstums rasant an. Dank besseren Anbaumethoden und neuen Getreidesorten bekamen Millionen von Menschen, die sonst verhungert wären, zu essen. Für diese «grüne Revolution» erhielt Borlaug den Friedensnobelpreis. In einem Interview mit der Weltwoche sagte er unlängst: «Die angesehensten Akademien Nordamerikas und Europas, inklusive des Vatikans, haben erklärt, dass sie die grüne Gentechnik begrüßen, weil dadurch die Verfügbarkeit und Qualität von Nahrungsmitteln verbessert wird.» Und er fügte hinzu: «Nach

über zehn Jahren kommerziellem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gibt es keinen nachweisbaren Schadensfall, der durch diese Technologie hervorgerufen wurde.»

Auch Lennart Båge, Präsident des Uno-Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, rief die Gegner der Gentechnik dringend dazu auf, ihre bisherige Position zu überdenken und die möglichen Ertragssteigerungen durch gentechnisch gezüchtete Pflanzen zur Kenntnis zu nehmen. Selbst einige Naturschützer sprechen sich für die Anwendung der gentechnischen Pflanzenzüchtung aus. Jeffrey A. McNeely, Chefwissenschaftler der internationalen Naturschutz-Dachorganisation IUCN, hofft: «Vom Grundsatz her werden sich die Menschen in der Nahrungskette weiter hinabbewegen und weniger Fleisch benötigen, weil mehr der für eine ausgewogene Ernährung erforderlichen Nährstoffe durch neuartige Pflanzen bereitgestellt werden.»

«Gendreck weg!»

Während Wissenschaftler in aller Welt verstärkte Anstrengungen in Sachen grüner Gentechnik anmahnen, widmet sich eine kleine Gruppe von Öko-Desperados unverdrossen der Aufgabe, genau dies zu verhindern. In der vergangenen Woche war ein Versuchsfeld der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt im süddeutschen Nürtingen-Geislingen dran und wurde zerstört. «Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie gerade jetzt etwas bewegen können», sprach die Aktivistin Jutta Sundermann von der Aktion «Gendreck weg!». Wer sich die Internetseite der professionellen Feldzerstörer anschaut, trifft auf ein Häuflein Autisten, die sich tatsächlich einreden, «Widerstand» zu leisten. Sie glauben darüber hinaus, «bunt, kreativ und offensiv» zu sein. Man könnte darüber lächeln, wenn die wunderlichen Sekten nicht so erfolgreich wären. Verantwortung dafür trägt in erster Linie eine opportunistische Politik, die nicht den Mumm hat, aufgeklärte Forschung zum Nutzen der Menschen gegen destruktive Glaubenskämpfer zu verteidigen.

Ausgerechnet jetzt, wo sie dringender gebraucht wird denn je, scheint sich auch die Wissenschaft zurückzuziehen. Zumindest lässt die Reaktion der betroffenen deutschen Hochschule nichts Gutes ahnen. Die Leitung untersagte die gentechnische Forschung in ihrem Hause faktisch – in vorausseilender Kapitulation vor den Gegnern und aus Angst vor einem Imageschaden. Ein Protestschreiben der Studenten zeigt sich fassungslos darüber, dass «langjährige und in der Fachwelt einhellig anerkannte Forschungsarbeiten einfach gestoppt werden». Einige hundert angehende Agrarforscher haben keine Chance gegen eine Handvoll Mitglieder einer fehlgeleiteten Sekte. Und das in einer Woche, wo die Welt den Hunger wiederentdeckt. Die Feldbesetzer von «Gendreck weg!» freuen sich laut eigenem Bekunden jederzeit über einen «Solidaritätsbesuch». Schade, dass die Armen von Mexiko, Haiti oder Kairo ihnen den nicht abstaten können.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Gentechnik ist kein Allheilmittel gegen den Hunger, das behauptet auch niemand. Es lassen sich mit vielfältigen Verbesserungen im sozialen oder technischen Bereich Ertragssteigerungen erzielen. Beispielsweise durch Landreformen, Kleinkredite, die Bereitstellung von Dünge- und Transportmitteln, angepasstere herkömmliche Pflanzen, einfache Maschinen oder Bewässerungssysteme, Trocknungsanlagen zur Haltbarmachung von Lebensmitteln und vieles mehr. Auch die Landwirtschafts-Subventionen in Europa und den USA erzeugen unfaire Konkurrenz für Bauern der Dritten Welt. Nicht zu vergessen die Zollschranken für Lebensmittel aus Entwicklungsländern, die dem Ziel einer besseren Entwicklung immer noch massiv im Wege stehen. Warum sollen Früchte, Gemüse oder Getreide nicht dort erzeugt werden, wo die besten klimatischen oder landschaftlichen Bedingungen herrschen? Trotz Transporten sind solche Importe vielfach auch in der Energiebilanz günstiger. Und ökologisch wäre es allemal sinnvoller, fertiges und in den endlosen Pampas Südamerikas extensiv erzeugtes Rindfleisch etwa aus Argentinien zu

importieren, anstatt das Sojafutter für unsere hiesigen Rinder von dort zu beziehen. Wissenschaftler wie Norman Borlaug propagieren all diese Möglichkeiten – und plädieren dennoch dringend dafür, die Gentechnik auf keinen Fall zu tabuisieren.

### Neue Sorten für zehn Millionen Landwirte

Dürretolerantes oder salztolerantes Getreide etwa wäre für viele trockene Regionen auf dem Globus ein wahrer Segen. Es wird in etwas fernerer Zukunft möglicherweise auch Getreidesorten geben, die sich selbst düngen und sich ohne chemische Gifte selbst gegen Schädlinge wehren. Während in Deutschland, der Schweiz und Österreich die Exorzisten die Hoheit über die Felder erstritten haben, steigt die Aussaat von gentechnisch veränderten Pflanzensorten in den sich entwickelnden Ländern rasch. Über zehn Millionen Landwirte in 22 Ländern bedienen sich der neuen Sorten.

Motoren für dieses rasante Wachstum sind Länder wie Brasilien, Indien oder China mit Wachstumsraten von bis zu 400 Prozent. In Indien sind es vor allem Kleinbauern, die von den Vorteilen der neuen Sorten profitieren. Mehr als zweieinhalb Millionen von ihnen bauen mittlerweile gentechnisch veränderte Baumwolle an, die sich besser gegen den gefürchteten Baumwollkapselwurm wehren kann. Die Bauern freuen sich über zwei- bis dreimal so hohe Erträge und gesparte Kosten für Pestizide. Deshalb hoffen sie auch auf eine schnellere Zulassung verbesserter Nahrungspflanzen, darunter neue Sorten von Avocados, Kartoffeln, Papayas, Reis und Tomaten.

Oft zu Unrecht verteufelt wird dabei der Anbau von sogenannten cash crops – also landwirtschaftlichen Kulturen für den Export. Der Ökonom Phillips Foster bewertet diese in seinem Standardwerk «The World Food Problem» durchaus positiv. Er zeigt dies am Beispiel des Nelkenanbaus (also eines vordergründig «überflüssigen Luxusproduktes» für Bewohner reicher Länder) in Kolumbien. Eine Hektare Nelken bringt etwa achtzigmal mehr Einkommen als eine Hektare Getreide – und dafür können sich die Bauern sehr viel mehr Nahrungsmittel kaufen, als wenn sie diese selbst erzeugen würden.

Wenn Armutsbekämpfung erfolgreich ist und sie zu höherem Wohlstand führt, ändern sich auch sehr schnell die Essgewohnheiten. Die Menschen gehen von einer rein pflanzlichen Nahrung zu mehr Fleisch und Milchprodukten über. Weltweit lebt weniger als ein Prozent der Menschen freiwillig vegetarisch. In den Industriestaaten konsumieren die Menschen Anfang des 21. Jahrhunderts das Zwei- bis Dreifache des empfohlenen Minimums von etwa 20 Gramm tierischem Eiweiß pro Tag und Kopf, der wachsende Mittelstand in den Schwellenländern holt diese Entwicklung allmählich nach. Für die ärmeren Bevölkerungsgruppen würde es, wenn die Welt-Fleischproduktion auf heutigem Niveau stagnierte, also noch schwieriger und vielfach unmöglich, sich tierisches Eiweiß zu leisten.

### Goldener Reis für die Armen

Dieses Problem könnte beispielsweise der sogenannte Goldene Reis mildern. Die beiden Genforscher Peter Beyer und Ingo Potrykus haben diese Reissorte entwickelt, die speziell unterernährten Menschen und Kleinbauern in armen Ländern zugutekommt. Weltweit leiden über 100 Millionen Kinder an schwerem Vitamin-A-Mangel, 1 bis 2 Millionen sterben daran, viele bekommen davon schwere Sehstörungen. Die neue Reissorte, wegen ihrer gelblichen Farbe Goldener Reis genannt, kann dieses Elend lindern, denn sie enthält besonders viel Vitamin A und Eisen. Die beiden deutschen Wissenschaftler haben von vornherein darauf geachtet, dass der Goldene Reis denen zugutekommt, die ihn brauchen. Im internationalen Reisforschungsinstitut auf den Philippinen verschenkten sie in einem symbolischen Akt ihre

Erfindung an die Kleinbauern in den Entwicklungsländern. «Der Nutzen unserer Reissorte liegt ganz bei den armen Bevölkerungsschichten, sie wird kostenlos und ohne Beschränkung an bäuerliche Selbstversorger abgegeben.»

Doch zahlreiche für die Menschen segensreiche neue Pflanzen werden aufgrund der westlichen Anti-Gentechnik-Kampagnen erst viel später – wenn überhaupt – fertigentwickelt und zugelassen. Das kommt nach Ansicht vieler Wissenschaftler dem Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung nahe. «Dies ist der eigentliche Gentechnik-Skandal», sagt der britische Oberhaus-Abgeordnete Lord Dick Taverne. Die Anti-Gentechnik-Kampagne der Organisation Greenpeace, wovon der erbitterte Kampf gegen den Goldenen Reis Bestandteil ist, hat in den letzten Jahren alleine rund 20 Millionen Dollar gekostet. Das ist dreimal so viel, wie Potrykus und Beyer insgesamt für die Entwicklung des Goldenen Reises zur Verfügung hatten. Höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel.

Und hier noch der sehr gute Leitartikel aus der heutigen NZZ:

### Aktivistische Politiker am globalen Esstisch

Im Sommer 1789 stiegen die Brotpreise in Frankreich wegen Missernten auf rund das Doppelte eines normalen Jahres. Der daraus folgende Unmut in der Bevölkerung war ein wichtiger Auslöser für die Französische Revolution. Heute scheint sich die internationale Classe politique vor einer «Revolution der Hungernden» ähnlichen Ausmasses zu fürchten, wie ihre Reaktionen auf die jüngst stark gestiegenen Getreidepreise vermuten lassen. Spitzenvertreter der internationalen Politik haben sich in den letzten Tagen mit Appellen und Vorschlägen zur Krisenbewältigung förmlich überboten - wohl auch, weil in einigen Ländern bereits Unruhen ausgebrochen sind. Die Weltbank forderte ein entschlossenes internationales Vorgehen und als Soforthilfe eine Aufstockung des Uno-Welternährungsprogramms. Auch der Internationale Währungsfonds warnte vor Hungerkrisen, obwohl man meinen könnte, die in den letzten Jahren etwas funktionslos gewordene Behörde habe mit der Finanzkrise eigentlich ein wichtiges neues Betätigungsfeld gefunden. Die USA, Deutschland und Frankreich wollen ihre Hungerhilfe aufstocken. Und die EU sah sich bemüssigt, ihre Politik zur Förderung von Biotreibstoffen, die als ein Auslöser des Preisauftriebs gesehen wird, zu verteidigen.

### BRUCH DES PREISTRENDS

Auf den ersten Blick erscheint der kräftige Anstieg der Getreidepreise tatsächlich dramatisch: Die teilweise Verdoppelung der Preise für Reis, Weizen, Mais oder Soja in den letzten Monaten bringt die Budgets vor allem der Armen in den Entwicklungsländern unter Druck, die einen Grossteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Aus mehr Distanz betrachtet handelt es sich beim Preisanstieg aber eher um den Bruch eines Trends, der in den letzten drei Jahrzehnten tendenziell zu einem Rückgang der realen Lebensmittelpreise geführt hat (vgl. Grafik).

Die Gründe für diesen Trendbruch sind vielschichtig und keineswegs unumstritten. Auf der Angebotsseite haben wohl höhere Energie- und Düngerpreise die landwirtschaftliche Produktion verteuert. Nachfrageseitig wirken längerfristige Veränderungen wie der steigende Fleischkonsum in China oder Indien (der einen höheren Getreideverbrauch nach sich zieht), und auch die Verwendung von Getreide für die Produktion von Biotreibstoffen mag zum Preisauftrieb beigetragen haben. In den letzten Monaten sind die Märkte zusätzlich «eng» geworden, weil Dürren die Lagervorräte auf Tiefststände haben sinken lassen, einige Länder ihre Vorräte zu horten begonnen haben und Investoren kurzfristige Renditechancen im angespannten Marktumfeld wittern.

Dass diese Entwicklung nun von der Politik beklagt wird und Aktivismus ausbricht, entbehrt nicht einer gewissen Heuchelei. Denn der Preisanstieg stellt - bei allen momentanen Härten - auch eine gute Nachricht dar. Während Jahrzehnten wurde etwa von den internationalen Entwicklungsorganisationen kritisiert, dass die Kleinbauern in armen Ländern wegen der niedrigen Agrarpreise auf keinen grünen Zweig kämen. Gleichzeitig kümmerten sich die Weltbank und andere Hilfsorganisationen kaum mehr um die Förderung des Agrarsektors, und die reichen Industrieländer hielten die Produzenten der Dritten Welt mit ihrer protektionistischen Landwirtschaftspolitik von ihren Märkten fern. Nun erhalten die Bauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern erstmals seit langem durch Marktentwicklungen eine reelle Chance, ihre Lage zu verbessern - auch wenn ein Teil der potenziellen Mehrerträge momentan durch die ebenfalls gestiegenen Preise für Energie und Dünger wieder «weggefressen» wird. Die Politik täte gut daran, die Bauern diese Chance nutzen zu lassen, denn darin liegt auch der Schlüssel zur Entschärfung der gegenwärtigen Krise.

### BLOCKIERTE MARKTSIGNALE

In der von Aktivismus geprägten Diskussion wird gerne vergessen, dass der Preisanstieg den Bauern prinzipiell starke Anreize vermittelt, das Nahrungsmittelangebot auszuweiten - was sich mittelfristig wiederum mässigend auf die globalen Preise auswirken wird. Beträchtlicher Spielraum besteht etwa bei der Produktivität: Sie lässt sich unter anderem durch den stärkeren Einsatz von Dünger steigern oder indem in bessere Bewässerungsanlagen, Maschinen und Saatgut investiert wird (was sich bei den höheren Preisen tendenziell lohnt). Potenzial sehen Experten auch in alternativen Anbaumethoden, in der Gentechnologie, die laufend höhere Erträge erwarten lässt, oder in der Ausweitung der Anbauflächen. Eine solche neue «grüne Revolution» umzusetzen, dürfte keineswegs in allen Ländern einfach sein. Aber ein mässiger Effekt auf die globalen Getreidepreise sollte sich schon entwickeln, wenn die Bauern in den wichtigsten fortgeschrittenen Anbauländern mehr produzierten.

Damit die Elastizität des Angebots spielen kann, ist es allerdings nötig, dass die Preissignale des Marktes frei über die Grenzen fließen können und bei den lokalen Bauern ankommen. Die ersten Reaktionen von Politikern auf die Krise verheissen diesbezüglich nichts Gutes. Regierungen zahlreicher wichtiger Produzentenländer haben der Versuchung nicht widerstehen können, den Export von Reis, Weizen oder Soja einzuschränken, mit dem Ziel, genügend erschwingliches Getreide für die eigene Bevölkerung im Land zu behalten. Dies mag der Popularität der jeweiligen Politiker vor allem bei der Stadtbevölkerung dienen, den Bauern wird aber das Interesse an einer Mehrproduktion genommen, weil sie ihre Produkte nicht mehr zu höheren Preisen ins Ausland verkaufen können. Die Folge sind zusätzliche Knappheit auf dem Weltmarkt und höhere Preise für jene Länder, die auf den Getreideimport angewiesen sind.

Die Politik erweist sich hier einmal mehr als Teil des Problems und nicht der Lösung - so wie sie schon seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle am globalen Esstisch einfordert und den internationalen Handel von Nahrungsmitteln durch eine Vielzahl von Zöllen, Import- und Exportbeschränkungen und Subventionen verzerrt und behindert. Nicht ohne Grund werden laut Daten der Weltbank beispielsweise lediglich 6% bis 7% der globalen Reisernte international gehandelt.

### DEN AGRARHANDEL BEFREIEN

Der wichtigste Beitrag der Politik zur Lösung der gegenwärtigen Krise wäre deshalb eine grundlegende Öffnung der Agrarmärkte, damit die Produktionsanreize an die richtigen Orte auf der Weltkarte gelenkt werden und sich eine höhere Getreideproduktion für die Bauern lohnt. Sich für solche langfristigen Reformen einzusetzen, liegt allerdings kaum im Interesse vieler Politiker; momentan beschäftigen sie sich lieber mit Nothilfe. Diese ist zwar durchaus notwendig

und berechtigt, denn die Unruhen sind ein Zeichen für die Verzweiflung vieler Menschen, und die hohen Getreidepreise werden kaum über Nacht verschwinden. Die gegenwärtig von Hunger und Mangelernährung Bedrohten verdienen aber so rasch wie möglich auch eine längerfristige Lösung. Die vielbeklagte Krise böte nun eine Chance, den globalen Markt für Nahrungsmittel auf eine solidere Basis zu stellen.

mbe.